Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft (LBR)

Herausgegeben von Jörg Schmid im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

Band 141

Noémi Biro

Notwendige Verteidigung im Straf- und Massnahmenvollzug

Schulthess

2019

Inhaltsverzeichnis

Vor	wort	VII
Inha	ltsübersicht	IX
Inha	ltsverzeichnis	XI
Abki	ürzungsverzeichnis	XIX
Liter	raturverzeichnis	XXV
Mate	erialienverzeichnis	.XXXIX
Ein]	leitung	1
I.	Hintergrund	1
II.	Fragestellung	
III.	Eingrenzung der Thematik	5
IV.	Aufbau der Arbeit	
V.	Terminologie	9
Teil	11: Selbständige nachträgliche gerichtliche	
	Entscheide	11
Kap	itel 1: Materielle Entscheidkonstellationen	15
I.	Strafen	15
1.	Nachträgliche Anordnung von Massnahmen i.S.v. Art. 65 StGB.	15
	Entscheide im Rahmen des Vorabvollzugs einer Freiheitsstrafe	
	.1 Bedingte Entlassung aus einem der Verwahrung vorangehenden Freiheitsentzug i. S. v. Art. 64 Abs. 3 bzw. Art. 64c Abs. 4	
	i. V.m. Abs. 6 StGB	23
2	Nachträglicher Austausch von Massnahmen vor deren Vollzug i. S. v. Art. 64b Abs. 1 lit. b bzw. Art. 64c Abs. 1-3 i. V. m.	
	1.5. V. Alt. 040 Aus. 1 lit. 0 02w. Alt. 040 Aus. 1-3 1. V. III.	25

3. Entscheide nach bedingter Entlassung aus dem Straf-vollzug	27
3.1 Verlängerung der flankierenden Massnahmen gemäss Art. 87	
Abs. 3 StGB	28
3.2 Rückversetzung aufgrund einer Nichtbewährung	
lebenslänglicher Verwahrvollzug i. S. v. Art. 89 Abs. 3 i. V.m. Art. 95 Abs. 5 StGB	30
II. Massnahmen	
Anordnung der Reststrafe	
Nachträglicher Austausch von Massnahmen	
Verlängerung der Massnahmendauer	
3.1 Verlängerung der Massnahme i.S.v. Art. 59 Abs. 4 und Art. 60	······ 71
Abs. 4 StGB	42
a. Verlängerung der Massnahme nach Art. 60 Abs. 4 StGB	
b. Verlängerung der Massnahme nach Art. 59 Abs. 4 StGB	
c. Konsequenzen einer abgelehnten Massnahmenverlängerung	46
d. Konsequenzen einer nicht beantragten Massnahmenverlängerung.	51
3.2 Verlängerung der Probezeit i. S. v. Art. 62 Abs. 4 und Art. 64a	- /
Abs. 2 StGB	
4. Bedingte Entlassung aus der lebenslänglichen Verwahrung i.S.v. Art. 64c Abs. 4 StGB	
5. Rückversetzung aufgrund einer Nichtbewährung	
Kapitel 2: Vollzugsgerichtliche Verfahren und Verteidigung	
I. Zum strafprozessualen Verteidigungsbegriff	61
1. Notwendige Verteidigung	63
1.1 Grundüberlegungen zur notwendigen Verteidigung	64
a. Art. 130 lit. a StPO	
b. Art. 130 lit. b StPO	
c. Art. 130 lit. c StPOd. Art. 130 lit. d StPO	74
1.2 Zeitliche Reichweite der Verteidigungsnotwendigkeit	
1.3 Notwendige Verteidigung in Neben- und Beschwerdeverfahren	80
1.4 Notwendige Verteidigung im Revisionsverfahren	83
1.5 Notwendige Verteidigung im Nachverfahren nach Art. 363 ff.	
StPO	
2. Amtliche Verteidigung	90
2.1 Abgrenzung zur unentgeltlichen Rechtspflege nach Art. 29 Abs. 3 BV	
AUS. J D V	92

2.2 Gebotenheit zur Interessenwahrung gemäss Art. 132 Abs. 1 lit. b StPO	96
a. Gebotenheit gemäss Art. 132 Abs. 2 und 3 StPOb. Gebotenheit aus weiteren Gründen	
II. Revisionsverfahren nach Art. 410 ff. StPO	
Zuständigkeiten und Verfahren	
1.1 Art. 65 Abs. 2 StGB	102
1.2 Art. 65 Abs. 1 Var. 1 StGB	
**	
aa. Art. 5 Ziff. 1 lit. a EMRKbb. Art. 5 Ziff. 1 lit. e EMRK	111
b. Art. 4 Ziff. 1 EMRK-ZP 7	113
c. Schlussfolgerung	
2. Verteidigung in Revisionsverfahren nach Art. 410 ff. StPO	
2.1 Annahme einer notwendigen Verteidigung	120
2.2 Zeitliche Reichweite der Verteidigung	121
III. Verfahren bei selbständigen nachträglichen Entscheiden des Gerichts nach Art. 363 ff. StPO	124
Zuständigkeiten und Verfahren	124
1.1 Zuständigkeit nach Art. 363 Abs. 1 StPO	
1.2 Allgemeine verfahrensrechtliche Aspekte	132
1.3 Zur Frage der vollzugsrechtlichen Sicherheitshaft	136
1.4 Zur Frage der Rechtsnatur von nachträglichen Entscheiden	
2. Verteidigung in Verfahren nach Art. 363 StPO	143
2.1 Annahme einer notwendigen Verteidigung	144
a. Notwendige Verteidigung aufgrund eines inneren Defizits	
(Art. 130 lit. c StPO)	144
b. Notwendige Verteidigung bei Haft (Art. 130 lit. a StPO)	146
c. Notwendige Verteidigung aufgrund persönlicher Teilnahme der	. 110
Staatsanwaltschaft (Art. 130 lit. d StPO)d. Notwendige Verteidigung aufgrund drohender	140
freiheitsentziehender Sanktion (Art. 130 lit. b StPO)	149
aa. Entscheide im Zusammenhang mit einer bedingten Entlassung	151
i. Entscheid über die Gewährung der bedingten Entlassung	152
(1) Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug drohende	
Sanktion	
(2) Zum Einwand unterschiedlicher Eingriffsschwere	
(3) Zur Voraussetzung der überjährigen Freiheitsstrafe	

u.	Entscheid über die Ruckverseizung in den Sirdy- oder Massnahmenvollzug158
	(1) Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug drohenden
	Sanktion
;;;	Verlängerung der Probezeit und der flankierenden Massnahmen 162
III.	(1) Annahme einer <i>drohenden</i> Sanktion i. S. v. Art. 130 lit. b StPO 163
	(2) Analogieversuch über den weiten Auslegungsansatz
bb.	Entscheide über die Umwandlung einer (lebenslänglichen) Verwahrung in eine stationäre Massnahme170
i.	Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug drohenden Sanktion
ii.	Zum Einwand unterschiedlicher Eingriffsschwere
cc.	Entscheide über die Konsequenzen einer Massnahmenaufhebung
i.	Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug drohenden Sanktion
ii.	Zum Einwand unterschiedlicher Eingriffsschwere
iii.	Ergebnis
dd.	Entscheide über die Verlängerung von Massnahmen
i.	Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug drohenden Sanktion
ii.	Zum Einwand unterschiedlicher Eingriffsschwere
ee.	Ergebnis
2.2 Zeitl	iche Reichweite der Verteidigung182
	kennbarkeit der Verteidigungsnotwendigkeit183
	werzügliche Bestellung im Zeitpunkt der Erkennbarkeit184
IV. Fazit	
Teil 2: Se	elbständige nachträgliche administrative
	ntscheide189
Kapitel 1: 1	Materielle Entscheidkonstellationen190
I. Strafen	
	ung des Vollzugs i.S.v. Art. 439 Abs. 2 und 3 StPO19

1.1 Zeitpunkt des Strafantritts	194
Vollzügstofft Durchführung des Vollzügs	
(4 55 5.57)	
a. Arbeits- und Wohnexternat (Art. 7/a StGB)b. Urlaub im Sinne von Art. 84 Abs. 6 StGB	
c. Bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug im Sinne von Art. 86 StGB	
2.2 Nichtbewährung im Rahmen von gewährten Vollzugsöffnungen	
2.3 Vollzugsunterbrechungen im Sinne von Art. 92 StGB	221
2.4 Versetzungen	222
II. Massnahmen	225
1. Anordnung des Vollzugs i. S. v. Art. 439 Abs. 2 und 3 StPO	225
1.1 Zeitpunkt des Massnahmenantritts	227
1.2 Vollzugsort	
1.3 Vollzugsform	
2. Durchführung des Vollzugs	
2.1 Bewilligung von Vollzugsöffnungen	
a. Vollzugsöffnungen im Rahmen des Stufenvollzugs	244
b. Bedingte Entlassung als letztvorgesehene Vollzugsöffnung	
2.2 Nichtbewährung im Rahmen von gewährten Vollzugsöffnungen	
3. Beendigung des Massnahmenvollzugs	
3.1 Aufhebung der Massnahme als Vorentscheid	
a. Massnahmenaufhebung nach Art. 62c Abs. 1 lit. a-c StGB	253 256
b. Weitere Notwendigkeit einer Massnahmenaufhebung	
3.2 Aufhebung der Massnahme als Endentscheid3.3 Unbedingte Entlassung aus dem Massnahmenvollzug	257
Kapitel 2: Vollzugsrechtliche Verfahren und Verteidigung	260
I. Verteidigung in kantonalen Vollzugsverfahren	261
1. Interessenwahrung in verwaltungsinternen Verfahren	
2. Zum Verteidigungsbegriff in administrativen Vollzugsverfahren	
3. Anwendbarkeit der strafprozessualen Verteidigungsinstitute	
ausserhalb des Anwendungsbereichs der StPO	266
3.1 Strafprozessualer Verteidigungsanspruch aufgrund des strafrechtlichen Charakters von Vollzugsentscheiden	269

3.2 Strafprozessualer Verteidigungsanspruch aufgrund	
verfassungsrechtlicher Verankerung	272
3.3 Strafprozessualer Verteidigungsanspruch bei selbst eingeleiteten	
Vollzugsverfahren	
II. Zuständigkeiten und Verfahren	280
1. Administratives Konzept	281
1.1 Verwaltungsgerichtsbarkeit im Straf- und	
Massnahmenvollzugsrecht	282
1.2 Vereinbarkeit des administrativen Konzepts mit Art. 5 Ziff. 4	
EMRK und Art. 31 Abs. 4 BV	285
a. Sachlicher Anwendungsbereich von Art. 5 Ziff. 4 EMRK	286
b. Vereinbarkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit den	
prozessualen Vorgaben von Art. 5 Abs. 4 EMRK	291
aa. Kognition der überprüfenden Gerichtsinstanz	
bb. Schriftlichkeit des gerichtlichen Haftüberprüfungsverfahrens	
cc. Verfahrensdauer	
dd. Ergebnisse	
2. Gerichtliches Konzept	299
III. Verteidigung in selbständigen administrativen Vollzugsverfahren	302
1. Annahme einer notwendigen Verteidigung	303
1.1 Vollzugsanordnungsentscheide	304
a. Unterschiedliche Tragweite der Vollzugsanordnung	305
b. Annahme einer (drohenden) Sanktion i. S. v. Art. 130 lit. b StPO	307
c. Subsidiäre Annahme einer amtlichen Verteidigung	
1.2 Entscheide betreffend Vollzugsöffnungen	313
a. Entscheide betreffend die bedingte Entlassung	314
aa. Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug	
drohenden Sanktion	315
bb. Zum Einwand unterschiedlicher Eingriffsschwere	318
b. Entscheide betreffend flankierende Massnahmen	319
c. Entscheide hinsichtlich der Gewährung vorangehender	
Vollzugsöffnungen	321
aa. Annahme eines über die Verurteilung hinausgehenden	
Eingriffs	322
bb. Unterschiedliche Tragweite der Vollzugsöffnungen	323
cc. Annahme einer drohenden Sanktion i.S.v. Art. 130 lit. b StPO	324
d. Entscheide über die Nichtbewährung im Rahmen gewährter	
Vollzugsöffnungen	326

 aa. Analogie bei Nichtbewährung während der Probezeit bb. Unterschiedliche Tragweite der Nichtbewährung cc. Annahme einer drohenden Sanktion i. S. v. Art. 130 lit. b StPO 	328	
Entscheide betreffend Versetzungen während des Vollzugs Entscheid betreffend die Beendigung von Massnahmen	330	
a. Gleichsetzung der im Strafverfahren und im Vollzug drohenden Sanktion b. Annahme einer drohenden Sanktion i. S. v. Art. 130 lit. b StPO c. Entscheid über Vollzugsunterbrechungen 1.5 Ergebnis 2. Zeitliche Reichweite	<i>334</i> <i>336</i> 338	
2.1 Annahme von Aufklärungs- und Informationspflichten 2.2 Perpetuierte Verteidigung im Straf- und Massnahmenvollzug	342	
 a. Zum Konzept der perpetuierten Verteidigung b. Perpetuierte Verteidigung aufgrund perpetuierter Angreifbarkeit c. Perpetuierte Verteidigung im Massnahmenvollzug d. Vorteile einer perpetuierten Verteidigung e. Praktische und finanzielle Durchführbarkeit 	344 346 347 349	
f. WürdigungIV. Fazit		
Zusammenfassung		
SchlusswortAnhang		
		Sachregister